

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
– Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König, Universität Mannheim

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim

Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim

Geschäftsstelle: Seminargebäude A 5, 6800 Mannheim 1, Tel. (06 21) 2 92 - 34 57 / 27 27

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Sozialpolitik

Der Ausschuß konnte aufgrund einer eigentlich unzureichend konkretisierten Programmplanung seine Jahrestagung am 20./21. Sept. 1990 in Ottobeuren auf die aktuellen Entwicklungen der Grenzöffnung und der Vereinigung Deutschlands ausrichten und diese als Herausforderung für die Sozialpolitik behandeln. Die Dynamik des Vereinigungsprozesses brachte für die Referenten allerdings die Schwierigkeit mit sich, ihre Überlegungen vor einem sich ständig verändernden Hintergrund und über eine bis zuletzt sich wandelnde Materie anstellen zu müssen.

Der Einstieg in die generelle Thematik erfolgte über ein Referat von Prof. Dr. *Ph. Herder-Dorneich*: „Die ‚Wende‘ erfordert dynamische Theorie vernetzter Systeme.“ Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach dem Beitrag der „dualistischen“ Ordnungs- und der Konvergenztheorie sowie nach den Möglichkeiten eines komplexen sozialkybernetischen Ansatzes für die Erklärung des historischen Prozesses der Systemtransformation. An diese Problematik schloß das Referat von Prof. Dr. *H. P. Widmaier* „Die Herausforderung des Einigungsprozesses an eine neue Gesellschaftspolitik – Thesen zur Gesundheitspolitik –“ an, in dem ebenfalls der Bedarf an einem vernetzten System von Institutionen und gesellschaftlichen Steuerungsmechanismen hervorgehoben wurde.

Mit den Referaten von Prof. Dr. *W. Schmähl* „Alterssicherung in der DDR und ihre Umgestaltung im Zuge des deutschen Einigungsprozesses – Einige verteilungspolitische Aspekte –“ und von Prof. Dr. *K. H. Lampert* „Familienpolitik in Deutschland – Ein Beitrag zu einer familienpolitischen Konzeption im vereinigten Deutschland“ wurde die Beratung von Auswirkungen des Einigungsprozesses auf Einzelbereiche der Sozialpolitik fortgeführt und konzeptionelle Überlegungen für die Sozialpolitik im vereinten Deutschland aufgenommen. Als Gast referierte Prof. Dr. *J. W. Genosko* über „Die Gewerkschaften im Übergang vom real existierenden Sozialismus zur Sozialen Marktwirtschaft – Eine gewerkschaftstheoretische Analyse“.

Für die Jahrestagung 1991 in Regensburg ist die Fortsetzung dieser Thematik vorgesehen. Insbesondere soll für ausgewählte Bereiche der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die eingetretene Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern betrachtet werden.

Prof. Dr. G. Kleinhenz, Passau

Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen

Auf seiner jährlichen Sitzung, die vom 30.9. - 2.10.1990 in Tauberbischofsheim stattfand, hat der Ausschuß seine Arbeit zum Thema „Anpassung durch Wandel: Zur Evolution von Wirtschaftssystemen“, die bereits 1989 begonnen war, wiederaufgenommen. Das Thema hatte natürlich durch die Ereignisse vom Ende 1989 und des Jahres 1990 noch einiges an Aktualität hinzugewonnen. Dem konnte insofern Rechnung getragen werden, als zum ersten Mal zwei Kollegen aus der (gerade noch) DDR als Gäste an der Ausschußsitzung teilnahmen.

Den Beginn machte ein Disput zwischen Prof. Dr. *L. Wegehenkel*, Bayreuth, und Dr. *T. Eger*, Kassel, über ihre jeweiligen Referate der Tagung 1989. Der gemeinsame Ausgangspunkt beider Referate bestand darin, daß ein Zusammenhang zwischen Rechtsnormen und der Internalisierung externer Effekte hergestellt wurde. Während Herr Eger sich vor allem mit der Frage beschäftigt hatte, über welche Mechanismen sich Rechtsnormen verändern, ging Herr Wegehenkel primär auf die ökonomischen Effizienzkriterien zur Bewertung von Rechtsnormen ein, d.h. auf die Frage, wie Veränderungen von Rechtsnormen aus ökonomischer Sicht zu beurteilen sind und welche Politikempfehlungen daraus folgen. Damit blieb er allerdings, wie die Diskussion feststellte, auf einem sehr abstrakten Niveau.

Etwas konkreter versuchte dann Univ. Doz. Dr. *H. Leipold*, Marburg, in seinem Beitrag „Institutioneller Wandel und Systemtransformation – Ökonomische Erklärungsansätze und ordnungspolitische Folgerungen“ zu werden. Er ging aus von der Feststellung, daß eine sozialwissenschaftliche und speziell ökonomische Theorie der Institutionen, welche die Wirkungen und den Wandel von Institutionen erklärt, möglich und für die konkrete Transformation auch notwendig sei. Fruchtbare Ansätze hierzu sah der Referent in der Theorie der nicht-kooperativen Spiele, so wie sie in der Theorie der kollektiven Güter und der Property-Rights-Theorie angewendet wird. Für die Transformationspolitik sozialistischer Länder ist das insofern relevant, als eine Veränderung der Eigentumsrechtsstruktur einen Angelpunkt des Wandlungsprozesses darstellt. In der Diskussion, eingeleitet von einem Kommentar von PD Dr. *S. Paraskevopoulos*, Köln, tauchten erhebliche Zweifel auf gegenüber dem Optimismus des Referenten hinsichtlich der Ergiebigkeit der vorgetragenen Ansätze.

Frau Dr. *B. Krug*, Saarbrücken, berief sich in ihrem Referat „Die Transformation der sozialistischen Volkswirtschaften in Zentraleuropa: Ein Beitrag der Vergleichenden Ökonomischen Theorie von Institutionen“ auf die politische Ökonomie von Buchanan und die Transaktionskostentheorie. Sie machte dabei auch die starke Interdependenz von politischen und ökonomischen Entscheidungen deutlich. Eine wesentliche Hypothese lautete, daß die Marktsphäre, auch bei einer generellen Präferenz dafür, sich nicht spontan erweitern werde, da die marktwirtschaftliche Ordnung ein öffentliches Gut ist. Institutionenökonomie kann in partiellen Analysen Nützliches beitragen, eine allgemeine Theorie der Transformation ist nicht in Sicht.

Drei Beiträge beschäftigten sich mit den Transformationsprozessen in Deutschland nach dem Kriege und in der Gegenwart. Prof. Dr. *H. Willgerodt*, Köln, ließ die zumeist

jüngeren Teilnehmer erst einmal reichhaltiges Dokumentenmaterial aus der Zeit der Zensur und der Bewirtschaftung sehen. In seinem Referat „Westdeutschland auf dem Wege zu ‚richtigen‘ Preisen nach der Reform von 1948“ untersuchte er den Übergang zur freien Preisbildung als wesentlichen Faktor für den wirtschaftlichen Aufschwung. Diese Liberalisierung verlief nun keineswegs spontan und ungehindert; sie mußte, vor allem was die Grundstoff-, Devisen-, Geld- und Kapitalmärkte betrifft, mühsam erstritten werden. Die Rolle Erhards als ordnungspolitischer Unternehmer kann deshalb wohl kaum überschätzt werden.

Prof. Dr. *H. Möller*, München, ging in seinem Referat „Ordnungspolitische Aspekte der westdeutschen Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 mit vergleichenden Hinweisen auf die Währungsstabilisierung von 1923 in der Weimarer Republik und auf die Einführung der DM in der DDR am 1. Juli 1990“ auf den neben der Preisliberalisierung zweiten Zentralaspekt des Reformprozesses, die Währungsreform, ein. Die unterschiedliche Ausgangssituation für die Reform in einer marktwirtschaftlichen Privatrechtsgesellschaft mit suspendierter Gewerbefreiheit und in einer Zentralplanwirtschaft ohne Gewerbefreiheit macht deutlich, um wie vieles steiniger der Weg für die sozialistischen Länder Osteuropas sein wird.

Die DDR hat in dieser Beziehung eine Sonderstellung, wie Prof. Dr. *N. Peche*, Berlin, in seinem Beitrag „Probleme der marktwirtschaftlichen Transformation in der DDR“ ausführte. Mit der staatlichen Vereinigung übernimmt sie auch den gesamten Ordnungsrahmen der BRD, was durch die Einführung der DM praktisch determiniert war. Damit ist der Ausgang des Transformationsprozesses nicht mehr ungewiß. Nur die Übergangsphase kann durch das Zusammentreffen von marktwirtschaftlichem Ordnungsrahmen und planwirtschaftlicher Vergangenheit noch unerwartete Überraschungen bieten. Für diese Phase ist deshalb möglicherweise eine differenzierte Wirtschaftspolitik erforderlich.

Die natürlich intensive und ausführliche Diskussion dieses Themenkomplexes wurde eingeleitet von Kommentaren von Frau Dr. *H. Hamel*, Marburg, zu Herrn Willgerodt, von Prof. Dr. *J. G. Backhaus*, Maastricht, zu Herrn Möller und von Prof. Dr. *A. Schüller*, Marburg, zu Herrn Peche. Sie ging vor allem ein auf den rekurrenten Anschluß im Rechtssystem, der, wo er möglich ist, die Übergangszeit erheblich verkürzen kann, auf die unterschiedlichen Bedingungen 1948 und heute für eine außenwirtschaftliche Öffnung und auf die Notwendigkeit, bzw. gerade nicht, einer differenzierten Wirtschaftspolitik für die Länder der DDR.

Daß die Basisthemen die gleichen bleiben, die historischen Voraussetzungen und Randbedingungen jedoch grundverschieden sind, sobald man eine andere Wirtschaft betrachtet, wurde im Referat von Dr. *B. Schönfelder*, München, „Die Verwandlung einer sozialistischen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft: Triebkräfte und Hemmnisse. Erfahrungen aus Jugoslawien und ein Versuch ihrer theoretischen Aufarbeitung“ verdeutlicht. Nach einer Übersicht über die Reformschritte ging der Referent vor allem auf die Frage der Privatisierung ein. In einem Kosten-Nutzen-Vergleich der Alternativen Verkaufen oder Verschenken stellte sich letzteres als effizient heraus. Im besonderen Fall Jugoslawiens müßte einer solchen Schenkung allerdings erst eine weitere Enteignung (der Arbeitnehmer) vorausgehen. Der Kommentar von Prof. Dr. *U. Wagner*, Pforzheim, und die sich daran anschließende Diskussion waren von der Überlegenheit der Schenkung als Privatisierungsstrategie noch nicht überzeugt.

Schließlich beschäftigte sich Prof. Dr. *W. W. Engelhardt*, Köln, in seinem Beitrag „Die Funktion von Utopien in der Entwicklung von Wirtschaftsordnungen“ mit der Frage nach den Leitbildern einer Transformation, dem gewollten Endzustand. Hierfür ist es als erstes notwendig, den Spielraum für gewollte Konstruktionen gegenüber

evolutorischen Entwicklungen zu bestimmen. Der Referent versuchte dann die Soziale Marktwirtschaft als gemischte Wirtschaftsordnung auf christlicher, liberaler und sozialistischer utopischer Grundlage zu entwickeln. Er stellte sie als eine noch eigentlich zu verwirklichende Utopie dar, die nun auch in Osteuropa als Leitbild Eingang gefunden hat. Die zahlreichen historischen und Literaturverweise gaben zu vielen Anmerkungen und Fragen Anlaß. Offen blieb dabei das von Herrn Prof. Dr. H. Nutzinger, Kassel, in seinem Kommentar aufgeworfene Problem, inwiefern Utopien denn nun wirklich handlungsleitende Bedeutung zukomme oder ob sie nicht lediglich zur intellektuellen Verkleisterung realer Prozesse benutzt würden.

Der Ausschuß war sich im klaren darüber, daß ihn das Generalthema, möglicherweise in abgewandelter Form, noch einige Zeit beschäftigen werde, bevor die Ertragszuwächse deutlich abnehmen würden. Die Ergebnisse dieser und der vorangegangenen Tagung werden jedoch in einem Band zusammengefaßt und der Profession zugänglich gemacht.

Prof. Dr. H.-J. Wagener, Groningen

Ausschuß „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“

Die Sitzung des Ausschusses fand vom 14. 6. - 16. 6. 1990 im Forschungsinstitut für Philosophie in Hannover statt; der Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Dr. Dr. K. Homann, hatte zu sechs Referaten und drei Koreferaten eingeladen.

Die ersten drei Referate konzentrierten sich auf wirtschaftsethische Fragen in betriebswirtschaftlicher Perspektive. Herr PD Dr. George Enderle (Wirtschaftsethik, St. Gallen) referierte „Zur Grundlegung einer Unternehmensexistenz: Das Unternehmen als moralischer Akteur“. Zwischen den Gegensätzen von Individuum und Gesellschaft charakterisiert Enderle das Unternehmen als moralischen Akteur auf der ‚Mesoebene‘ (zwischen der Mikro- und der Makroebene), das als produktive und soziale Ganzheit eine spezifische Eigenständigkeit des Handelns aufweist und diesem Status als juristische Person gerecht wird. Definitorisch weist Herr Enderle auf die Differenz von Unternehmens- und Unternehmer-Ethik hin, die für die wirtschaftsethische Debatte in der Betriebswirtschaftslehre entscheidend sei. In Erörterung insbesondere französischer Arbeiten zur ‚Unternehmensexistenz‘, unter Zuhilfenahme soziologischer und organisationstheoretischer Untersuchungen, vornehmlich aber durch das Williamsonsche Transaktionskostenkonzept wird das Unternehmen als „überindividueller Akteur sui generis“ dargestellt, um seine moralische Verantwortung an der Größe seines Handlungsspielraumes zu ermessen.

Herr Prof. Dr. Horst Steinmann (Betriebswirtschaftslehre, Erlangen-Nürnberg) konzentrierte sich in seinen Ausführungen zur „Effizienz und Ethik in der Unternehmensführung“ auf die Frage nach der Kompatibilität von „ethischer Ausgestaltung des Managementprozesses“ und „formellen Instrumenten der Unternehmensführung unter Effizienzgesichtspunkten“. Herr Steinmann definiert Unternehmensexistenz als dialogischen Prozeß, der auf Informationsgewinn ausgelegt ist zur „friedlichen Koordination arbeitsteiliger Handlungen“. Wie die strategische Unternehmensführung sei auch die Unternehmensexistenz aus Effizienzgründen auf argumentationsfördernde personale und strukturelle Voraussetzungen angewiesen. In Abgrenzung zur „plandeterminierten“ entwickelt Herr Steinmann ein Konzept „strategischer“ bzw. „kontroll determinierter“ Unternehmensführung, das in der Lage sei, den modernen Anforderungen an eine „ethische Sensibilisierung von Unternehmen“ – der Offenlegung von organisatorischen Defiziten – gerecht zu werden.

Herr Prof. Dr. *Peter Ulrich* (Wirtschaftsethik, St. Gallen) behandelte ein verwandtes Problem an den „Perspektiven eines integrativen Ansatzes der Wirtschaftsethik am Beispiel sich verändernder betriebswirtschaftlicher Rationalisierungsmuster“. Ziel der Darlegung war, „ethische Ansprüche nicht gegen, sondern mit der ökonomischen Sachrationalität zur Geltung zu bringen“, um damit die Voraussetzungen für ein „ethisch wertvoller ökonomisches Rationalitätsmuster“ erörtern zu können. Am Beispiel der betriebswirtschaftlichen Rationalisierungsdebatte um die Einführung der Informationstechnologien stellte Ulrich drei Rationalisierungstypen vor: tayloristische, systemische und kommunikative Rationalisierung. Die konstitutiven Merkmale der kommunikativen Rationalisierung enthalten den Übergangsbereich, der sie der Ethik öffnet: „argumentative Konsensfindung“, „Versachlichung von Kommunikation“, „kommunikativ-ethische Rationalisierung von Kooperation (Teamarbeit)“, „Mitarbeiter als mündiges Subjekt“ u. a. m. Der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung in ethischer Perspektive geht es nach Herrn Ulrich um die Analyse realistischer Gestaltungsfreiraume, die für menschengerechtere Arbeits- und Organisationsgestaltung genutzt werden sollen – „um einer besseren Ökonomie willen ebenso wie um ihres ethisch-humanitären Eigenwerts willen“.

Herr Prof. Dr. *Peter Koslowski* (Philosophie, Hannover) referierte zum Thema „Ethische Ökonomie als Synthese von ökonomischer und ethischer Theorie“. Ethische Ökonomie umfaßt sowohl eine Theorie des ethischen Rahmenwerkes einer Wirtschaftsordnung wie die Übertragung mikroökonomischer Theoriebestandteile auf Fragen und Methoden der Ethik. Für das Modell des *homo oeconomicus* ist die Umwelt seines Selbstinteresses parametrisch, für die Ethik dagegen gilt, daß Eigen- und Gemeinwohl nicht getrennt werden können. Die Erweiterung der Nutzenfunktion durch Einschluß des Nutzens anderer stellt bereits einen Übergang von der Ökonomik zur Ethik dar. In längeren Exkursen erörterte Herr Koslowski danach zum einen die Grundlagen einer Ethischen Ökonomie als positiver wie normativer Theorie menschlichen Handelns am G. Schmoller, der die kulturellen Bedingtheiten der Wirtschaftsordnung zu erklären suchte. Zum anderen ergänzt er, um einem historischen und ethischen Relativismus zu entgehen, daß die positive durch eine normative Ethische Ökonomie, d. h. durch die formale und materiale Wirtschaftsethik komplettiert werden müsse. Die materiale Wirtschaftsethik, die Herr Koslowski auf M. Scheler fundierte, habe die Stellungnahme des einzelnen zu den wirtschaftlichen und sittlichen Gütern und Tugenden, die Präferenzbildung und die Methodik ihres Verstehens zu analysieren.

Herr Prof. Dr. *Hartmut Kliemt* (Philosophie, Duisburg) sprach zu „Methodenproblemen des Verhältnisses von Wirtschaftswissenschaft und Ethik“. Herrn Kliemts Analyse konzentrierte sich auf Begründungsprobleme normativer Urteile in Ökonomie und Ethik, die eine Erörterung der methodischen Differenz von Kognitivismus und Non-Kognitivismus voraussetze. In Verteidigung des non-kognitivistischen Theorietypus, der eine interessensbasierte Theorie der Moral begründet, deren Ethikbegründung nicht über hypothetische Imperative individueller Klugheit hinausgehen will, erörterte er kritisch einige heute vorherrschende Einwände gegen die Unzulänglichkeit einer ökonomischen Ethik. Aufgrund seiner Voraussetzungen kam Herr Kliemt zu dem Schluß, daß sich – im Anschluß an Theoretiker wie Harsanyi, Brennan, Buchanan und Lomasky – Ethik nur dann realisieren läßt, wenn es gelingt, Anreizsysteme zu schaffen, die es erlauben, das ethisch Richtige zu geringen persönlichen Kosten durchzusetzen. Es geht darum, eine Ethik zu konzipieren, die als Theorie moralischer Institutionen die Notwendigkeit individueller heroischer moralischer Anstrengungen eliminiert. Doch bedarf die deskriptiv-explanatorische Ökonomik aber dazu einer Erweiterung ihres Verhaltensmodells, um den Tatsachen eines von

ethischen Überzeugungen motivierten nicht-opportunistischen Verhaltens gerecht werden zu können.

Herr Dr. *Birger P. Priddat* (Finanzwissenschaft, Hamburg) referierte über „Normative Probleme der Theorie meritorisch-öffentlicher Güter“. Musgraves merit-good-Konzeption stellt einen Grenzfall der Ökonomie zur Ethik dar, insofern die Begründung für den staatlich-meritorischen Eingriff in die individuellen Präferenzen nicht selbst wiederum auf individuelle Präferenzen zurückgreifen kann. Die Produktion meritorischer Güter durch den Staat ist *ex ante* nicht legitimiert; sie kann als Öffentliches-Gut-Angebot aufgefaßt werden, das seine Nachfrage *ex post* legalisiert. „Meritorische Bedürfnisse“ sind dann nur solche, die als nachträgliche Einsicht in strategische Handlungsklugheit verstanden werden können. Hier stellt sich das Problem der Geltung von Normen und institutionalisierten Regeln innerhalb der ‚theory of public choice‘. Meritorische staatliche Entscheidungen können als Antizipationen von Regelbindungen angesehen werden, deren Konsensbildungskosten *ex ante* so hoch sind, daß sie freiwillig oder spontan nicht eingegangen werden. Schmollers ältere Institutionenökonomie operierte bereits mit dieser Einsicht, die sich durch die moderne ‚theory of institutional choice‘ in einer Weise aufklären läßt, die nicht auf Musgraves letzte, problematische Selbstinterpretation, daß die ‚merit wants‘ auf „Gemeinschaftsbedürfnissen“ beruhen, zurückzugreifen bräuchte.

Die Koreferate von Herrn Prof. Dr. Dr. *Walter Kerber* (zu Herrn *Enderle*), Herrn Prof. Dr. Dr. *Karl Homann* (zu Herrn *Kliemt*) und Herrn Prof. Dr. *Hans Würgler* (zu Herrn *Priddat*) setzten sich kritisch mit einzelnen Aspekten und Behauptungen auseinander, in dem Bemühen, in die komplexe Materie des Verhältnisses von Ökonomie und Ethik Differenzierungen zu setzen. In der weiteren Diskussion erwies es sich wieder, wie schwierig es ist, Standards zu erarbeiten, an denen sich die jeweiligen Erörterungen messen können. Das Problem, wie Normen und Werthaltungen für die Ökonomie sinnvoll analysiert werden können, läßt sich selbst aus der Diskussion darüber nicht heraushalten. Passagenweise war die Diskussion sehr heftig und kontrovers.

Der noch junge Ausschuß hat für die nächste Sitzung drei weitere Interessenten zu Vorträgen eingeladen, zudem zwei Gäste. Im Namen des Ausschusses dankte der Vorsitzende Prof. Dr. Dr. *K. Homann* Herrn Prof. Dr. *P. Koslowski* für seine freundliche Einladung, in dem von ihm mitgeleiteten Forschungsinstitut für Philosophie die Tagung abhalten zu dürfen.

Dr. B. P. Priddat, Hamburg